

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der

Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 17.12.2004, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,
Christine

Herr Stadtrat Biver, Nico

- e -

Frau Stadträtin Dinnebier, Käte

Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich

Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich

Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela

Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.
Marlis

Herr Stadtrat Sprywald, Klaus

Herr Stadtrat Wehrum, Heinz

Herr Bürgermeister Vaupel, Egon

Herr Aab, Peter

Herr Acker, Matthias

Herr Becker, Reinhold

Frau Brahms, Karin

Herr Chatzievgeniou, Pandelis

Frau Daser, Dagmar

Herr Hussein, Schaker

Herr Kemmler, Jan

Frau Lotz-Halilovic, Erika

Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,
Heinrich

Herr Meyer, Uwe

Herr Dr. Musket, Ralf

Frau Schlüter-Böhm, Julia

Frau Schröter, Roxane

Frau Schulze-Stampe, Ursula

Frau Seelig, Johanna

Frau Sell, Sonja

Herr Severin, Ulrich

Frau Dr. Weinbach, Kerstin

Frau Wölk, Marianne

Frau Dersch, Christine

Frau Gottschlich, Hannelore

Herr Heck, Hermann

Herr Heubel, Christian

Frau Kaufmann, Anita

- e -

Herr Kissel, Winfried

Herr Lohse, Ingo

Frau Mehnert, Ute

Frau Oppermann, Anne

Frau Dr. Pötter, Claudia

Herr Rehlich, Jürgen

Frau Rising Hintz, Gunilla
Frau Röhrkohl, Anni
Frau Schaffner, Karin
Herr Scherer, August
Herr Usinger, Alexander
Herr Dr. Wulff, Reimer
Frau Dr. Baumann, Petra
Herr Flohrschütz, Rainer
Herr Göttling, Dietmar
Herr Keller, Manfred
Frau Lakner, Anna Katharina
Frau Laßmann, Alev
Herr Markus, Jürgen
Frau Neuwohner, Elke
Frau Perabo, Dr. Christa
Herr Schäfer, Wolfram
Frau Gottschaldt, Eva Christiane
Frau Kolter, Astrid
Herr Köster-Sollwedel, Henning
Herr Metz, Peter
Herr Faecks, Fridhelm
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Zaun, Herbert
Herr Röllmann, Jan-Bernd
Frau Schwebel, Gerlinde
Herr Wüst, Wilfried
Herr Dr. Huesmann, Gregor
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD-Fraktion, eröffnet die Sitzung um 17:09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert dem Stadtverordneten Alexander Usinger, CDU-Fraktion, zur kürzlich erfolgten Eheschließung und wünscht im Namen des gesamten Hauses alles Gute.

Die Stadtverordnete Gottschlich, CDU-Fraktion, hat heute Geburtstag. Stadtverordnetenvorsteher und Oberbürgermeister gratulieren mit einem Blumenstrauß.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. November 2004 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Niederschrift wird in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Dem Stadtverordnetenvorsteher liegen 4 Dringlichkeitsanträge vor. Die Anträge wurden im Hause verteilt.

1. Antrag aller Fraktionen und des Magistrats betrifft Neustrukturierung der Klinika Marburg und Gießen nach Planung der Hessischen Landesregierung, Vorlage VO/0890/2004.

Der Ältestenrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung dahingehend geeinigt, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen und vor der Fragestunde zu behandeln. Der Stadtverordnetenvorsteher und die Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung werden an der Kundgebung in dieser Angelegenheit in der Universitätsstadt Marburg teilnehmen und das Votum der Stadtverordnetenversammlung bekannt geben. Der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 3.1 in die Tagesordnung aufgenommen und behandelt. Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Gegen dieser Verfahren wird aus dem Hause nicht gesprochen. Es gilt somit als vereinbart.

2. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betrifft Kinderbetreuung Vorlage VO/0906/2004

Die Stadtverordnete Dersch, CDU-Fraktion, begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht Stadtrat Dr. Kahle. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Severin, SPD-Fraktion. In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der CDU, FDP, BfM und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit nach der HGO nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

3. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betrifft Parkplätze Vorlage VO/0907/2004

Die Dringlichkeit der Vorlage wird begründet durch die Stadtverordnete Rising-Hintz, CDU-Fraktion. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Die Stadtverordnete Dr. Weinbach, SPD-Fraktion, spricht gegen die Dringlichkeit. In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, BfM, FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

4. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betrifft Parkplätze der Universität Vorlage VO/0908/2004

Stadtverordnete Rising-Hintz begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Die Stadtverordnete Dr. Weinbach, SPD-Fraktion, spricht gegen die Dringlichkeit. In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der CDU, BfM, FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit nach der HGO nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher die von den Ausschüssen empfohlenen Veränderungen der Tagesordnung und die angemeldeten Aussprachen bekannt. Zum Tagesordnungspunkt 16.6 Antrag der FDP-Fraktion betrifft Straßenkarneval am Rosenmontag stellt der Stadtverordnete Wüst den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage heute abzustimmen.

Der Antrag wurde wunschgemäß dem Umweltausschuss, Schul- und Kulturausschuss und Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung zugewiesen. Der Umweltausschuss hat die Vorlage zur Ablehnung empfohlen, der Schul- und Kulturausschuss hat in diesem Monat nicht getagt und der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag zurückgestellt, da zunächst das Votum des Schul- und Kulturausschusses einzuholen ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Wüst auf Behandlung des Antrages abstimmen. Für die Behandlung der Vorlage sprechen sich die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, BfM, FDP und MBL aus.

Somit wird der Tagesordnungspunkt 16.6 aufgerufen und zur Abstimmung gestellt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus den Reihen der

Stadtverordneten nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt in dieser abgeänderten Fassung als genehmigt.

zu **3.1** **Antrag aller Fraktionen und Magistrat betr. Neustrukturierung der Klinika Marburg und Gießen nach Planung der Hessischen Landesregierung**
Vorlage: VO/0890/2004

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Universitätsstadt Marburg nehmen mit wachsender Sorge zur Kenntnis, dass bei der von der Hessischen Landesregierung geplanten Neustrukturierung der Klinika der Philipps- und der Justus-Liebig-Universität in Gießen zunehmend einseitige, emotional gefärbte Beiträge laut werden. Diese Tendenzen sind der notwendig gemeinsamen und solidarischen Entwicklung der Region Mittelhessen abträglich.

Die Körperschaften der Universitätsstadt Marburg appellieren an

1. die verantwortlichen Kräfte in Gießen, bei Wahrung berechtigter lokaler Interessen weiterhin auf dem Boden der Sachlichkeit zu argumentieren,
2. die Verantwortlichen im Klinikum der Philipps-Universität, mit Entschlossenheit und Sachbezogenheit ein Kooperationsmodell zu vertreten, welches die beiden traditionsreichen Klinika Marburg und Gießen funktionell im Kern erhält, den Krankenversorgungsauftrag gegenüber der Bevölkerung auf hohem Niveau sicherstellt und in besonderem Maße die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags zu Forschung und Lehre nach globalen Maximalstandards nachhaltig gewährleistet.
3. Nicht zuletzt richtet sich der Appell an die Hessische Landesregierung, nachdem der für beide Universitäts-Klinika und deren weitgestreckten Einzugsgebiete mehr als 1-jährige schädliche Schwebezustand durch eine Grundentscheidung zur Zusammenfassung beendet ist, diese Entscheidung im Sinne einer zwingend notwendigen Stärkung der Region Mittelhessen zu konkretisieren mit dem Ziel der Beibehaltung bewährter klinischer Versorgungsstrukturen und vor allem der vorbehaltlosen Förderung der Forschung in Mittelhessen ggf. auch zu Lasten des südhessischen Bereichs. Die Übertragung des Gießener Klinikums, jetzt beider Klinika, an einen echt privatrechtlich organisierten, ausschließlich an Gewinnmaximierung orientierten Rechtsträger kann auf lange Sicht keine tragfähige Lösung sein. Medizinische Forschung ist unteilbar. Ihre kurzfristige Rentierlichkeit ist auch bei größter Finanznot des Landes kein tauglicher Maßstab.

zu **4** **Fragestunde**

zu **4.1** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 12/04)**
Vorlage: VO/0892/2004

Wie kommt es, dass bei der Zusammensetzung der Jury für MarBID zwar 9 Herren, aber nicht eine einzige Frau benannt wurden? Wer hat diese

Jurymitglieder ausgewählt?

Da die Fragestellerin zur Zeit noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Stellungnahme:

Bei der Zusammensetzung einer Jury kommt es auf fachliche und institutionelle Ausgewogenheit an. Dementsprechend wurde auch bei der Auswahl der MarBID-Jurymitglieder verfahren. Dass dabei nur männliche Mitglieder benannt wurden ist zweifelsohne ein bedauerliches, aber sich aus der Situation heraus ergebendes Resultat. Soweit eine geeignete Fachfrau benannt werden kann, könnte sie ggf. in diesem Gremium mitarbeiten.

Zuständiger Dezernent Oberbürgermeister Möller.

zu 4.2 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 2 12/04)** **Vorlage: VO/0893/2004**

Gibt es an den Marburger Schulen auch Schulgärten, die zum Anbau von Gemüse und Kräutern genutzt werden ?

Es antwortet Bürgermeister Vaupel:

Einige Marburger Schulen verfügen über Schulgärten (so z.B. die Theodor-Heuss-Schule, die Waldschule Wehrda oder die Käthe-Kollwitz-Schule). In diesen Schulgärten werden sicherlich auch Gemüse und Kräuter angepflanzt.

Um 17:49 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe, SPD-Fraktion, die Sitzungsleitung.

zu 4.3 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 3 12/04)** **Vorlage: VO/0894/2004**

Die öffentlich-rechtliche Sparkasse hat ihre Marburger Filiale in der Bahnhofstraße Nr. 1 für 200.000 EURO saniert, wie der Presse zu entnehmen war, und das bereits zum fünften Male innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte.

Ist denn eine derartig teure Renovierung wirklich vertretbar, zumal schlussendlich die vielen kleinen Sparkassenkunden dies mit ihren Zinsen und Gebühren bezahlen müssen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Vorstand der Sparkasse Marburg – Biedenkopf hat die Frage wie folgt beantwortet:

Der Umbau der Geschäftsstelle Bahnhofstraße 1 geschah – wie in der Presse dargestellt – wegen der Zusammenlegung mit der Geschäftsstelle Bahnhofstraße 27. Letztere wird als Automatengeschäftsstelle fortgeführt. Die Zusammenlegung ermöglicht eine wesentlich bessere Beratung und Betreuung unserer Kunden in

Bezug auf Diskretion und Qualität.

Da sich aus der Zusammenlegung ein deutlicher Kosteneinspareffekt ergibt, amortisieren sich die Investitionskosten in kurzer Zeit.

Damit profitieren sowohl die Kunden als auch die Sparkasse von dieser Neugestaltung.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 4 12/04)**
Vorlage: VO/0895/2004

Wie viele Fahrzeuge mussten beim letzten Hochwasser von den Parkplätzen „Lahnufer“ entfernt werden und wie viel Mehraufwand besteht gegenüber eines einzelnen Abschleppvorgangs?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Beim letzten Hochwasser mussten dreizehn Fahrzeuge, deren Fahrer/-innen von uns kurzfristig nicht ermittelt werden konnten, von den Parkplätzen „Lahnufer“ abgeschleppt werden.

Der Mehraufwand im Rahmen der Abschleppkosten beträgt 25,00 Euro und beruht darauf, dass die Fahrzeuge aus stehendem Wasser geborgen werden müssen.

zu **4.5** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 5 12/04)**
Vorlage: VO/0896/2004

Am 30.11.2004 fand ein Gespräch zwischen dem Magistrat und der Philipps-Universität statt über die Ersatz-Parkplätze für die Ketzerbach. Zu welchem Ergebnis hat dieses Gespräch geführt?

Es antwortet der Bürgermeister:

Das Gespräch hatte das Ergebnis, dass die Vertreter der Universitätsverwaltung mit den in der Wilhelm-Roser-Straße ansässigen Instituten erörtern werden, wie viele Stellplätze dauerhaft zur Verfügung gestellt werden können und welches Stellplatzkontingent abends, nachts und an den Wochenenden bereitgestellt werden könnte. Im Anschluss an dieses Gespräch mit den Instituten werden Universitäts- und Stadtverwaltung ein Bewirtschaftungskonzept ausarbeiten.

zu **4.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr. 6 12/04)**
Vorlage: VO/0897/2004

Wie wurde die kürzlich in Wehrda gezeigte Kinder-Mitmachausstellung „So bin ich!“ vom Publikum aufgenommen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die vom Kindermuseum Hamburg initiierte Mitmach-Ausstellung „So bin ich!“ richtete sich mit dem Schwerpunktthema „Körpererfahrung, Gesundheit und Selbstbewußtsein“ an Kinder im Alter von 4 - 12 Jahren und wurde vom 15. - 28. November 2004 im Bürgerhaus Wehrda mit sehr großem Erfolg gezeigt. Die Organisation und Betreuung der Ausstellung lag beim Fachdienst Kultur. An den Wochentagen konnten sich Kindergärten und Schulgruppen zum Besuch anmelden, die Sonntage blieben für Familien und Einzelpersonen frei. Mit knapp 1000 Besuchern im oben genannten Zeitraum war die Ausstellung mehr als ausgebucht. Kindergärten, Schulklassen und Besuchergruppen kamen nicht nur aus der Kernstadt und den Marburger Stadtteilen, sondern auch aus Goßfelden, Schönstadt, Stadtallendorf und Homberg ins Bürgerhaus Wehrda. Ein Blick in das Gästebuch besagt, dass besonders die kleinen Besucher den Mitmachcharakter lobten und Erzieherinnen Ideen zur Umsetzung im eigenen Kindergarten mitnehmen konnten.

zu 4.7 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 7 12/04)**
Vorlage: VO/0898/2004

Welche weiteren Schritte plant der Magistrat in den beiden Verwaltungsgerichtsverfahren in Sachen KIV-Gebühren und ist die Verbandsumlage tatsächlich noch bis zum Jahre 2009 in gleich bleibender Höhe (2005: Benutzungsgebühren 22.550 Euro und Verbandsumlage 69.870 Euro) zu zahlen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadt Marburg hatte nach erfolglosen Widersprüchen zwei verwaltungsgerichtliche Klageverfahren gegen die KIV Hessen und das Land Hessen angestrengt.

1. In dem ersten Verfahren ging es um die Erhebung einer Verbandsumlage durch die KIV zu einem Zeitpunkt, als das seinerzeitige DV-Verbundgesetz eine solche Umlage für die Gebietsrechenzentren noch ausdrücklich ausschloss. Das Verwaltungsgericht Gießen hatte hierzu im Dezember 2003 geurteilt, dass die von der KIV ausgestellten „Rechnungen“ verfahrensrechtlich nichtig seien, dass diese aber gleichwohl durch korrekte Bescheide im Sinne von Verwaltungsakten nachgebessert werden könnten. Dieser Mangel wurde zwischenzeitlich durch die KIV durch formal nicht angreifbare Umlagebescheide geheilt.
2. In einem zweiten Verfahren hatte die Stadt Marburg gegen die Versagung der Genehmigung der von der Stadt erklärten Kündigung durch das Regierungspräsidium Gießen geklagt. Diese Klage wurde vom Verwaltungsgericht Gießen im September d.J. abgewiesen. Das Verwaltungsgericht hat dabei in seiner Begründung im wesentlichen den Standpunkt vertreten, dass die Gesamtinteressen des Verbandes insgesamt höher zu bewerten seien als die Einzelinteressen der Stadt Marburg.

Der Magistrat hat nach reiflicher formeller und materieller Würdigung der ergangenen Entscheidungen und deren jeweiliger Begründung auf eine Berufung vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel verzichtet. Insofern besteht auch

weiterhin die Verpflichtung der Stadt Marburg als Mitglied der KIV Hessen, die von der Verbandsversammlung beschlossene Umlage in der vom Fragesteller genannten Größenordnung zu zahlen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Aab, SPD-Fraktion, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.8** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr. 8 12/04)**
Vorlage: VO/0899/2004

Kann der Magistrat Auskunft geben, aus welchem Grund und wie lange es einen Wassertiefstand im Mühlgraben geben wird?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Mühlgrabenabschnitt zwischen Pfaffenwehr und Weidenhäuser Brücke ist im unteren Abschnitt ab dem Lahn-Center verrohrt. Die Verrohrung verläuft über das Grundstück des ehemaligen Luisabades. Im Zuge der Neubauung mit einem Dienstleistungszentrum muss die Verrohrung verlegt werden. Dabei wird der oben beschriebene Abschnitt als stehendes Gewässer ohne Durchfluss betrieben. Dies ist seit dem 28. November der Fall. Die Bauarbeiten werden spätestens am 19. Dezember abgeschlossen sein.

Zur Umstellung des Mühlgrabens musste das gesamte innerstädtische Mühlgrabensystem kurzfristig fast vollständig abgelassen werden. Dieser Umstand wurde genutzt um notwendige Reinigungsarbeiten durchzuführen.

Die Wasserbehörde und Anlieger, die den Mühlgraben nutzen, wurden im Vorfeld informiert.

zu **4.9** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 9 12/04)**
Vorlage: VO/0900/2004

Ist es möglich, die Beschilderung in der Feldbergstraße, der Vogelsbergstraße und der Rimbergstraße so zu ändern, dass auch Ortsfremde die gesuchten Häuser finden, z. B. Feldbergstraße 22 bis 28 oder die oberen Hausnummern der Vogelsbergstraße?

Es antwortet der Bürgermeister:

Seitens FD 66 wird eine Überprüfung der vorhandenen Straßennamensschilder in der Feldbergstraße, Vogelsbergstraße und der Rimbergstraße erfolgen.

In Abstimmung mit FD 61.1 Stadtplanung werden unter den vorhandenen Straßennamensschildern Hausnummern-Hinweisschilder angebracht.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 10 12/04)**
Vorlage: VO/0901/2004

Was hat die Prüfung der Standorte bezüglich weiterer Stadtpläne und

Informationstafeln ergeben? (Vgl. Beschluss der STVV vom 30.01.2004).

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Unter Beteiligung vom FD Tiefbau, FD Stadtplanung, der MTM und der Straßenverkehrsbehörde fanden im Februar/März d. J. Begehungen innerhalb des Stadtgebietes statt. Als Ergebnis können drei potentielle Standorte festgehalten werden:

- Bushaltestelle Erlenring/Mensaseite
- Jugendherberge/Trojedamm
- Oberstadtparkhaus/Eingangsbereich Oberstadt

Die Installation, die Betreuung und die Instandhaltung der Informationskästen und -vitrinen obliegt dem FD Tiefbau. Die ermittelten Kosten belaufen sich auf ca. 3.500 € je Standort. Zur Finanzierung müssten entweder Eigenmittel herangezogen oder mittels Werbepartner aufgebracht werden. Hierzu hat es bereits erste Kontakte gegeben.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel, FDP-Fraktion, und Köster, PDS/ML-Fraktion, werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 11 12/04) Vorlage: VO/0911/2004

Welche bisherigen Angebote an „Ausbildungsbegleitenden Hilfen“ (ABH) werden im kommenden Jahr durch die veränderte Gesetzeslage SGB II / SGB III bzw. durch eine veränderte Ausschreibungspraxis der Arbeitsagentur Marburg nicht mehr angeboten und welche Jugendlichen sind davon betroffen ?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Noch bis zum 31.12.2004 gibt es im Bereich des Hauptamtes Marburg und der Geschäftsstelle Stadtallendorf der Agentur für Arbeit Marburg insgesamt 80 abH-Plätze. Davon befinden sich 68 in Trägerschaft des Vereines „Arbeit & Bildung“, und 12 Plätze in Trägerschaft des Caritas-Verbandes (diese werden über das St. Martin-Haus angeboten).

Weder die veränderte Gesetzeslage noch die neue Ausschreibungspraxis der Agentur hatten und haben erst einmal Auswirkungen auf den Bereich abH. Vielmehr hatte die Agentur bereits im Frühjahr dieses Jahres im Zuge ihrer verstärkten Bemühungen um die Gewinnung weiterer Ausbildungsplätze einen starken Anstieg von abH-Plätzen eingeplant, um mit diesem Angebot Betriebe auch zur Einstellung junger Menschen bewegen zu können, die wahrscheinlich zusätzliche Unterstützungsbedarfe aufweisen werden.

Insofern wurden für den o.g. örtlichen Zuständigkeitsbereich im Sommer insgesamt 190 abH-Plätze in mehreren Losen ausgeschrieben.“ Arbeit & Bildung „hatte sich auf sämtliche Lose beworben und bekam dann auch den Zuschlag für alle Plätze.

Mit der Besetzung dieser neuen und zusätzlichen Plätze ist in den letzten

Wochen bereits nach und nach begonnen worden. Die Verträge über diese Plätze laufen bis Juli 2005. Eine Vorausschau über diesen Zeitpunkt hinaus ist z.Z. nicht möglich.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin, SPD-Fraktion, wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr. 12 12/04)**
Vorlage: VO/0902/2004

Auf dem Afföllergelände sollen Container für den Verein Abraxas aufgestellt werden. Zu welchen Kosten?

Es antwortet der Bürgermeister:

Ziel des Ausbaus des Kulturzentrums Marburg-Nord, von den Betreibern auch G-Werk genannt, ist die Unterbringung von Café Trauma und Medienwerkstatt Abraxas. Solange der Gaswerkurm in den drei oberen Etagen noch nicht ausgebaut ist, muss für die Medienwerkstatt Abraxas eine Übergangslösung gefunden werden. Dies soll durch Container an der südwestlichen Grundstücksgrenze geschehen, was zusätzlich einen Schallschutzeffekt gegenüber den beiden Bewohnern des Hauses Afföllerrwiesen 1 hat.

Wie die zwei schon ansässigen Kulturträger im ehemaligen Gaswerk, das Theater German Stage Service und der Marburger MusikerInnenverein e. V., wird das Café Trauma keine Mietkosten tragen. Mit Café Trauma und Medienwerkstatt Abraxas wurde vereinbart, dass sie sich im G-Werk mit dem Betrag einbringen müssen, den sie am jetzigen Standort in der Robert-Koch-Straße für Miete und Betriebskosten zahlen. Das Café Trauma hat sich verpflichtet, zu den eigenen Betriebskosten auch die Miete der Container für die Medienwerkstatt Abraxas zu übernehmen. Die Container werden von dem Café Trauma selbst angemietet, die Betriebskosten werden von der Medienwerkstatt Abraxas übernommen.

Für die Stadt Marburg entstehen durch die Container also keine Zusatzkosten.

zu **4.13** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr. 13 12/04)**
Vorlage: VO/0910/2004

Räume des Instituts für Heil- und Sonderpädagogik am Schwanhof/Nutzung durch die Kunstwerkstatt Malschule e. V.

Es antwortet der Bürgermeister:

Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes der Universität und des städtischen Fachdienstes 62 werden die Räumlichkeiten derzeit noch für universitäre Veranstaltungen benötigt. Verhandlungen mit dem Land Hessen hätten ergeben, dass das Land längerfristig nicht bereit ist, das Gebäude zu verkaufen, da über eine anderweitige Nutzung nachgedacht wird, zumal an der Universität diverse Veränderungen anstehen (Privatisierung der Klinik etc.).

zu 4.14 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 14 12/04)**
Vorlage: VO/0913/2004

Rechnet der Magistrat mit einem Anwachsen des LKW-Verkehrs auf der B3A als Folge der Einführung der LKW-Maut und welche Maßnahmen plant er, um dies gegebenenfalls zu verhindern?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ob mit einem Anwachsen des LKW-Verkehrs auf der B 3 als Folge der Einführung der LKW-Maut zu rechnen ist, kann zur Zeit nicht prognostiziert werden, ist aber wahrscheinlich.

Um dies jedoch zu verhindern, habe ich im Oktober 2001 den Deutschen Städtetag gebeten, die B 3 und die B 252 in die Maut mit einzubeziehen. Zusätzlich habe ich die damaligen Bundestagsabgeordneten gebeten, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände dabei zu unterstützen, eine Ausweitung der LKW-Maut auch auf das nachgeordnete Straßennetz zwecks Vermeidung von Verlagerungen zu erreichen.

zu 4.15 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 15 12/04)**
Vorlage: VO/0903/2004

Wäre es möglich, die Treppe, die die Gabelsberger Straße und die Straße An der Hausstatt verbindet, mit mehreren Straßenlaternen auszustatten, da zurzeit die Sicherheit der Fußgänger nicht gewährleistet ist.

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Beleuchtungssituation in der Treppenanlage wurde durch die Stadtwerke Marburg GmbH geprüft. Die Treppe wird derzeit mit einer Straßenleuchte nur unzureichend ausgeleuchtet. Benötigt werden jedoch mindestens 2 Straßenlampen. Es wird vorgeschlagen, entweder die vorhandene Leuchte durch 2 neue Lampen zu ergänzen oder die Leuchte umzusetzen und eine zusätzliche Leuchte zu errichten. Die Kosten betragen je nach Variante 2.800,00 bis 3.500,00 €.

Da die Treppe viel begangen wird und eine nicht unerhebliche Abkürzung für die Anlieger bedeutet, sollte die Beleuchtungsergänzung in das Jahresprogramm 2005 der Stadtwerke Marburg GmbH aufgenommen werden.

Da die Treppe eine reine Fußwegverbindung ohne ausschließliche Erschließungsfunktion für Anliegergrundstücke ist, entfällt eine Beitragserhebung im jedem Fall.

zu 4.16 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 16 12/04)**
Vorlage: VO/0904/2004

Am Mittwoch, den 1. Dez. wurde eine Machbarkeitsstudie für den südöstlichen Teil des ZSP-Geländes vorgestellt. Inwieweit ist diese Studie

mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.05.03 in Einklang zu bringen und welche Festlegungen gehen von dieser Studie für den weiteren Ablauf des Planungsprozesses aus?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Machbarkeitsstudie ist der Konkretisierungsschritt um den rahmenplanerischen Zielsetzungen des stadträumlichen Strukturkonzeptes zur „Weiterentwicklung südöstlich des zentralen Kernbereiches“ (Bauzone und Erschließung über die Friedrich-Ebert-Straße mit Neuordnung des Ladenzentrums) zu entsprechen. Dieser Schritt ist vom stadträumlichen Strukturkonzept vorgeschlagen worden.

Zur Zeit wird der abgestimmte Entwurf der interessierten Öffentlichkeit sowie unterschiedlichen Projektbeteiligten (z. B. „Soziale Stadt“) vorgestellt und diskutiert. Danach soll die Machbarkeitsstudie in den politischen Geschäftsgang eingebracht werden.

zu 4.17 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 17 12/04)**
Vorlage: VO/0912/2004

In der Sitzung am 16.07.2004 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass in städtischen Betrieben keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel eingesetzt werden. Ist dieser Beschluss inzwischen umgesetzt worden? Wie viele Betriebsteile, Kantinen, Personen usw. sind davon betroffen und welche Schwierigkeiten gab oder gibt es bei der Umsetzung?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die städtischen Einrichtungen (Kindertagesstätten, Stiftung St. Jakob, ...) wurden in einem Schreiben von dem Beschluss informiert. Rückmeldungen über Schwierigkeiten liegen bisher nicht vor.

In einem aktuellen Schreiben werden nunmehr alle Betriebe und Einrichtungen der Stadt aufgefordert eine Rückmeldung über die Auswirkungen (ausgelistete Produkte) sowie eine Erklärung der jeweiligen Lieferanten vorzulegen.

zu 4.18 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 18 12/04)**
Vorlage: VO/0905/2004

Ist dem Magistrat bekannt, dass der Lärmschutz östlich der Autobahn und der Bahnlinie auf Höhe des Spiegelslustweges die dortigen Anwohner um den wohlverdienten Schlaf bringt. Welche Maßnahmen sind, auch in Anbetracht eines möglichen Bahnhaltens Marburg/Mitte, angedacht und wann ist mit ihrer Verwirklichung zu rechnen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Für den Bereich östlich der B 3a sind vom Baulastträger, dem Amt für Straßen-

und Verkehrswesen Marburg, keine aktiven Lärmschutzmaßnahmen im Sinne von Lärmschutzwänden geplant, da diese, im Gegensatz zum Bereich westlich der B 3a, wegen der erhöhten Lage, keine ausreichende Wirkung erzielen würden.

Das ASV Marburg fördert jedoch auf Antrag im Einzelfall den Einbau von Lärmschutzfenstern (nach Messungen/Berechnungen über die Lärmbelastung durch die B 3a).

Daneben fördert die Stadt Marburg den Einbau von Lärmschutzfenstern an Hauptverkehrsstraßen, die in der Baulast der Stadt liegen, mit Zuschüssen von 30 bzw. 40 % der Kosten.

Die Liste der Straßen ist beigelegt. Hier stehen jährlich 12.500 Euro zur Verfügung.

Seit Auflegung des Programms durch den Magistrat im Jahr 1986 wurde der Einbau von Lärmschutzfenstern in rund 140 Wohnungen allein für den Bereich östlich der B 3a in folgenden Straßen gefördert: An der Zahlbach, Cappeler Str., Frauenbergstr., Georg-Voigt-Str., Großseelheimer Str., Rudolf-Bultmann-Str., Schützenstr., Weintrautstr., Neue Kasseler Str., Zeppelinstr.

Ein über den Bau von Lärmschutzwänden und die Förderung von Lärmschutzfenstern hinausgehender Lärmschutz gegenüber der B 3 und der Bahnstrecke kann nur in einer Geschwindigkeitsregelung für die B 3 erfolgen. Im Zusammenhang mit einem möglichen Bahnhof Marburg-Mitte wurden bisher nur Kosten-/Nutzenaspekte in Erwägung gezogen. Das Thema Lärmschutz spielte in dem Zusammenhang bisher keine Rolle.

zu 4.19 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Fridhelm Faecks (Nr. 19 12/04)**
Vorlage: VO/0914/2004

Verkehrssampelschaltung Grün/Universitätsstraße

Ist dem Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde bekannt, dass die Grünphase der Lichtzeichenanlage Am Grün ein Einfahren des aus dem Grün kommenden Kraftverkehrs auf die Universitätsstraße auch dann noch erlaubt, wenn die entsprechende Ampel auf der Universitätsstraße vor dem Rudolphsplatz selbst bereits schon auf grün geschaltet ist und was gedenkt der Oberbürgermeister gegen diese den Verkehrsfluss auf der Universitätsstraße in Richtung Rudolphsplatz behindernde Phasenschaltung der Lichtzeichenanlage Am Grün zu tun?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Fahrverkehr aus der Straße „Am Grün“ und der Verkehr auf der Universitätsstraße sind sogenannte „feindliche“ Verkehrsströme. Ein „feindliches Grün“ ist aber im Lichtsignaltechnischen Ablauf einer Ampelanlage nicht möglich. Die Lichtsignale würden sofort ausfallen bzw. erst gar nicht in Betrieb gehen. Im vorliegenden Fall beträgt unter Berücksichtigung der Rot/Gelb- und Gelbzeit die Zwischenzeit von Grünende für den aus der Straße „Am Grün“ ausfließenden Verkehr bis zum Grünanfang für den Fahrverkehr auf der Universitätsstraße 7 Sekunden.

Der Eindruck, dass beide Fahrverkehre gleichzeitig Grün haben entsteht dadurch,

dass bei Rückstau von der Signalanlage vor der Weidenhäuser Brücke Fahrzeuge aus dem Grün an dem Signalgeber vorbei in die Kreuzung einfahren, noch in der Straße Am Grün verkehrsbedingt anhalten müssen und dann bei der Grünphase für die Universitätsstraße versuchen weiterzufahren. Dies kann, wie auch an anderen Lichtsignalanlagen, nicht völlig ausgeschlossen werden. Unfälle aus diesem Grund sind bei der Polizei nicht registriert.

Bei einem täglichen Verkehrsaufkommen von über 40.000 Fahrzeugen am Rudolphsplatz sind die Kapazitäten an dieser Anlage ausgelastet und die Schaltung ist so optimiert, dass eine Änderung der Schaltung nicht möglich ist.

zu 5 **Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2004 bis 2008, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2005 - 2. Lesung und Beschlussfassung - Vorlage: VO/0850/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss hat das Investitionsprogramm, die Haushaltssatzung und den Stellenplan ausführlich beraten. Zum § 10 der Haushaltssatzung 2005 hat der Ausschuss Einigkeit erzielt, die Freigabe von Stellen auch im Jahr 2005 dem Haupt- und Finanzausschuss vorzubehalten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Um Einzelabstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung zu vermeiden trägt der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses ausführlich die im Haupt- und Finanzausschuss vorgenommen Einzelabstimmungen zu den Anträgen der Fraktionen vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Die Festlegung der Redezeiten orientiert sich an den Regelungen der Jahre 2002 und 2003. Folgende Redezeiten werden somit festgelegt:

SPD	45 Minuten
CDU	40 Minuten
Bündnis 90/Die Grünen	30 Minuten
PDS/ML	21 Minuten
BfM	20 Minuten
FDP	20 Minuten
MBL	18 Minuten

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Weinbach (SPD), Dr. Wulff (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Metz (PDS/ML), Röllmann (FDP), Faecks (BfM), Dr. Huesmann (MBL), Daser (SPD), Rising-Hintz (CDU), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Schwebel (FDP), Dr. Musket (SPD), Dersch (CDU), Oppermann (CDU), Severin (SPD), Oppermann (CDU), Acker (SPD) und für den Magistrat der Kämmerer Oberbürgermeister Möller.

Während der Beratung von 21.28 Uhr bis 21.41 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ludwig, MBL-Fraktion, die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Aussprache erfolgen die Beschlüsse.

Zu I der Vorlage fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Nein-Stimmen der PDS/ML, FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

- I. gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1993 (GVBl. 1992 I S. 533 ff.) wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2004 bis 2008 mit einem Volumen von 108.001.000 € beschlossen.

Zu II der Vorlage fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Nein-Stimmen der PDS/ML, FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

- II. aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird folgende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2004 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	148.927.000 €
in der Ausgabe auf	148.927.000 €

und im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	30.580.000 €
in der Ausgabe auf	30.580.000 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2005 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 4.526.351 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	-
Abteilung B	1.020.300 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 2.500.000 € festgesetzt.

Die Investitionsfondskredite verteilen sich wie folgt:

2006	1.000.000 €
2007	1.000.000 €
2008	500.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2005 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 9.463.500 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2005 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 25.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2005 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf
280 v. H.
- b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf
300 v. H.
2. Gewerbesteuer auf
400 v. H.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplanes beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil Überschreitung des Haushaltsansatzes ab und/oder absoluter Betrag ab

Verwaltungshaushalt 20 % 10.000 €

Vermögenshaushalt 10 % 100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 100 Abs. 1 letzter Halbsatz HGO Kenntnis zu geben.

§ 8

Sperrungen

1. Die Haushaltsmittel des Vermögenshaushaltes - Haushaltsansätze, Haushaltsausgaberechte und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfang gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

2. Bei der Haushaltsstelle 3210/7010 "Zuschuss Kunstverein" sind 10.000 € gesperrt, bis ein Konzept zur Einnahmeverbesserung vorliegt.
3. Die bei der Haushaltsstelle 2401/9400 "Erneuerungsmaßnahmen" veranschlagte Investition "Umbau Metallwerkstatt" ist vor Beginn mit dem Schul- und Kulturausschuss abzustimmen.

§ 9

Kredite vom Kapitalmarkt

Sollte sich eine tatsächliche Netto-Neuverschuldung abzeichnen, ist der Haupt- und Finanzausschuss zu informieren. Sollte sie den Betrag von 10 Mio. € überschreiten, ist die vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

§ 10

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

1. Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

2. Die vorgeschlagenen Beförderungen ab A 12 aufwärts finden nicht statt.

Zu III Stellenplan

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Nein-Stimmen der PDS/ML, FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

- III. den Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 98,85 Beamten-, 468,19 Angestellten- und 139,99 Arbeiterstellen festgesetzt.

zu 6 Feststellung des Jahresabschlusses der Stiftung St. Jakob zum 31.12.2003 Vorlage: VO/0848/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und testierte Jahresabschluss 2003 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag i.H.v. 453.791,29 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 7 Wirtschaftsplan 2005 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der

Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/0854/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Die Wirtschaftspläne wurden im Haupt- und Finanzausschuss von Stadtrat Dr. Kahle erläutert und ausführlich erörtert. Stadtrat Dr. Kahle wies darauf hin, dass im Stellenplan der Marburger Altenhilfe (Seite 20 der Haupt- und Finanzausschussvorlage) in der Zeile „Pflichtdienst“ die Zahl 22 durch die Zahl 17 und die Zahl 93,75 durch die Zahl 88,75 zu ersetzen ist. Unter Berücksichtigung dieser Änderung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Aussprache wurde anmeldet.

In der Stadtverordnetenversammlung wird aus Zeitgründen auf die Aussprache verzichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Nein-Stimmen der PDS/ML und Enthaltungen der Fraktionen FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

Den Wirtschaftsplänen 2005 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH wird zugestimmt.

zu 8 **Wirtschaftsplan 2005 der Stiftung St. Jakob**
Vorlage: VO/0875/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2005 der Stiftung St. Jakob.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU Nein-Stimmen der PDS und MBL bei Enthaltung der FDP und der BfM folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2005 der Stiftung St. Jakob wird beschossen.

zu 9 **Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn (ZSP)**
Hier: Wahl eines Forensikbeirates
Vorlage: VO/0766/2004

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Köster, PDS/ML-Fraktion.

Der Ausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Bildung des Forensikbeirates behandelt. Folgende Personengruppen sind zu entsenden:

jeweils ein/e Vertreter/in der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung
ein/e Vertreter/in der Kirchen
ein/e Vertreter/in der Polizei
ein/e Vertreter/in der Presse
ein/e Vertreter/in der Wirtschaft

ein/e Vertreter/in der Schule für Praktisch Bildbare vier Bürger/innen

Für jedes Mitglied ist gleichzeitig ein/e Vertreter/in zu entsenden.

Dem Ausschuss lagen folgende Vorschläge für die zu entsendenden Mitglieder vor:

Vertreter/innen der Fraktionen

Severin, Ulrich, Ginseldorfer Weg 14 a, 35039 Marburg	SPD
Dr. Claudia Pötter, An der Haustatt 19, 35037 Marburg	CDU
Schäfer, Wolfram, Schulstraße 10, 35037 Marburg	Grüne
Kolter, Astrid, Gutenbergstraße 18, 35037 Marburg	PDS/ML
Herbert Zaun, Stiftstraße 15, 35037 Marburg	BfM
Schwebel, Gerlinde, Schuhmarkt 3, 35037 Marburg	FDP
Dr. Huesmann, Gregor, Wilhelmstraße 5, 35041 Marburg	MBL

Pers. Stellvertreter/innen:

Daser, Dagmar, Zur Hege 9, 35041 Marburg	SPD
Kissel, Winfried, An der Berghecke 10, 35043 Marburg	CDU
Neuwohner, Elke, Biegenstraße 19, 35037 Marburg	GRÜNE
Gottschaldt, Eva, Elisabethstraße 1, 35037 Marburg	PDS/ML
Schwindack, Frederic, Markt 20, 35037 Marburg	BfM
Wüst, Wilfried, Haselhecke 16, 35041 Marburg	FDP
Ludwig, Heinz, Hedwig Jahnow Str. 18, 35037 Marburg	MBL

Vertreter/in der Kirchen

Plauth, Rolf, Brüder-Grimm-Straße 15 a, 35039 Marburg
Stellv.:
Dr. Mehnert, Gottfried

Vertreter/in der Polizei

Schold, Alfons, Raiffeisenstraße 1, 35043 Marburg
Stellv.:
Kopsch, Renee, Raiffeisenstraße 1, 35043 Marburg

Vertreter/in der Presse

Ungemach, Rolf, Marburger Neue Zeitung, Schulstraße 18, 35037 Marburg
Stellv.:
nicht besetzt.

Vertreter/in der Wirtschaft

Dr. Rück, Susanne, Universitätsstraße 31, 35037 Marburg
Stellv.:
Dany, Hermann, Bonn-Tatje-Fackiner GmbH, Unterm Bornrain 4, 35091 Cölbe

Vertreter/in der Schule für Praktisch Bildbare

Czech, Christina, Amselstraße 4, 35043 Marburg
Stellv.:
Stenzel, Monika, Pfingstweide 18, 35043 Marburg

Bürger/innen

Dr. Dlabal, Hans, Poitiersstraße 3, 35039 Marburg
Stürmer, Roland, Schwanallee 17, 35037 Marburg
Dr. Münscher, Gerhard, Alte Hute 9, 35041 Marburg
Bosch-Berressem, Marianne, Oberweg 26, 35041 Marburg

Pers. Stellvertreter/innen:

Ackermann-Feulner, Karin, Höhenstraße 8, 35117 Münchhausen
Oberlik, Renate, Großseelheimer Straße 36, 35039 Marburg
Dr. Berressem, Peter, Oberweg 26, 35041 Marburg
Wölk, Hans-Joachim, Ernst Moritz Arndt-Straße 4,

Wie der Vorsitzende erläutert, sind die Vertreter der Fraktionen durch Beschluss zu entsenden. Eine Wahl ist nicht erforderlich.

Über die Vorschläge zu den Vertretern/innen der Kirchen, Polizei, Presse, Wirtschaft und Schule für Praktisch Bildbare kann auch offen durch Handzeichen abgestimmt werden, sofern niemand diesem vereinfachten Verfahren widerspricht.

Zur Gruppe der Bürger/innen hat sich der Wahlvorbereitungsausschuss auf die oben genannte gemeinsame Liste geeinigt. Sie kann auch offen abgestimmt werden, sofern Einstimmigkeit erzielt wird (siehe § 55 HGO).

Der Ausschuss fasste daher einstimmig folgenden Beschluss:

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen aufgrund der vorliegenden Bewerbervorschläge offen durch Handzeichen durchzuführen. Die Vertreter/innen der Fraktionen werden durch Beschluss entsandt. Die gemeinsame Liste der Bürger/innen sollte ohne Gegenstimmen angenommen werden.

Die Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen erklären jedoch, dass die gemeinsame Liste der Gruppe Bürgerinnen und Bürger in den Fraktionen keine Mehrheit gefunden hat, sodass der betreffende Wahlvorschlag geändert wird und eine schriftliche und geheime Wahl durchgeführt werden muss.

Folgender Wahlvorschlag wird vorgelegt:

SPD/B90/Die Grünen:

Bürger/innen

Dr. Dlabal, Hans, Poitiersstraße 3, 35039 Marburg
Stürmer, Roland, Schwanallee 17, 35037 Marburg
Ackermann-Feulner, Karin, Höhenstraße 8, 35117 Münchhausen

Pers. Stellvertreter/innen:

Wölk, Hans-Joachim, Ernst Moritz Arndt-Straße 4,
Zimmermann-Stroh, Josefa, Im Köhlersgrund 16, 35041 Marburg
Oberlik, Renate, Großseelheimer Straße 36, 35039 Marburg

Die CDU-Fraktion legt folgenden Wahlvorschlag vor:

CDU:

Bürger/innen

Dr. Münscher, Gerhard, Alte Hute 9, 35041 Marburg

Pers. Stellvertreter/innen:

Bosch-Berressem, Marianne, Oberweg 26, 35041 Marburg

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, dass somit eine schriftliche und geheime Wahl durchzuführen ist.

Zunächst wird jedoch über die übrigen zu besetzenden Positionen offen durch Handzeichen abgestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In den Forensikbeirat werden entsandt:

Vertreter/innen der Fraktionen

Severin, Ulrich, Ginseldorfer Weg 14 a, 35039 Marburg	SPD
Dr. Claudia Pötter, An der Haustatt 19, 35037 Marburg	CDU
Schäfer, Wolfram, Schulstraße 10, 35037 Marburg	Grüne
Kolter, Astrid, Gutenbergstraße 18, 35037 Marburg	PDS/ML
Herbert Zaun, Stiftstraße 15, 35037 Marburg	BfM
Schwebel, Gerlinde, Schuhmarkt 3, 35037 Marburg	FDP
Dr. Huesmann, Gregor, Wilhelmstraße 5, 35041 Marburg	MBL

Pers. Stellvertreter/innen:

Daser, Dagmar, Zur Hege 9, 35041 Marburg	SPD
Kissel, Winfried, An der Berghecke 10, 35043 Marburg	CDU
Neuwohner, Elke, Biegenstraße 19, 35037 Marburg	GRÜNE
Gottschaldt, Eva, Elisabethstraße 1, 35037 Marburg	PDS/ML
Schwindack, Frederic, Markt 20, 35037 Marburg	BfM
Wüst, Wilfried, Haselhecke 16, 35041 Marburg	FDP
Ludwig, Heinz, Hedwig Jahnow Str. 18, 35037 Marburg	MBL

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In den Forensikbeirat werden entsandt:

Vertreter/in der Kirchen

Plauth, Rolf, Brüder-Grimm-Straße 15 a, 35039 Marburg

Stellv.:

Dr. Mehnert, Gottfried

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In den Forensikbeirat werden entsandt:

Vertreter/in der Polizei

Schold, Alfons, Raiffeisenstraße 1, 35043 Marburg

Stellv.:

Kopsch, Renee, Raiffeisenstraße 1, 35043 Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In den Forensikbeirat werden entsandt:

Vertreter/in der Presse

Ungemach, Rolf, Marburger Neue Zeitung, Schulstraße 18, 35037 Marburg

Stellv.:

nicht besetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In den Forensikbeirat werden entsandt:

Vertreter/in der Wirtschaft

Dr. Rück, Susanne, Universitätsstraße 31, 35037 Marburg

Stellv.:

Dany, Hermann, Bonn-Tatje-Fackiner GmbH, Unterm Bornrain 4, 35091 Cölbe

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In den Forensikbeirat werden entsandt:

Vertreter/in der Schule für Praktisch Bildbare

Czech, Christina, Amselstraße 4, 35043 Marburg

Stellv.:

Stenzel, Monika, Pfingstweide 18, 35043 Marburg

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt, ist nun noch der schriftliche und geheime Wahlgang durchzuführen.

Der Stadtverordnete Wüst beantragt zunächst die Einberufung des Ältestenrates. Dieser Antrag wird von drei weiteren Ältestenratsmitgliedern unterstützt. Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 22.04 Uhr bis 22.20 Uhr. Es tagt der Ältestenrat.

Nach Fortsetzung der Sitzung berichtet der Stadtverordnetenvorsteher, dass kein neuer Sachstand eingetreten ist und nun der schriftliche und geheime Wahlgang zur Wahl der 4 Bürgerinnen und Bürger durchgeführt wird. Zur Unterstützung werden drei Wahlhelfer berufen. Anschließend wählt die Stadtverordnetenversammlung anhand vorbereiteter Stimmzettel schriftlich und geheim.

Die Wahl hat folgendes Ergebnis, das vom Stadtverordnetenvorsteher bekanntgegeben wird:

Gewählt haben

57 Stadtverordnete

Gültige Stimmen	54
Wahlvorschlag SPD/Grüne	31 Stimmen, ergibt 3 Sitze
Wahlvorschlag CDU	23 Stimmen, ergibt 1 Sitz
Ungültige Stimmen	03

Folgende Personen sind daher in den Forensikbeirat gewählt:

Bürger/innen

Dr. Dlabal, Hans, Poitiersstraße 3, 35039 Marburg
 Stürmer, Roland, Schwanallee 17, 35037 Marburg
 Ackermann-Feulner, Karin, Höhenstraße 8, 35117 Münchhausen

Dr. Münscher, Gerhard, Alte Hute 9, 35041 Marburg

Pers. Stellvertreter/innen:

Wölk, Hans-Joachim, Ernst Moritz Arndt-Straße 4,
 Zimmermann-Stroh, Josefa, Im Köhlersgrund 16, 35041 Marburg
 Oberlik, Renate, Großseelheimer Straße 36, 35039 Marburg

Bosch-Berressem, Marianne, Oberweg 26, 35041 Marburg

zu 10 **Übernahme des Friedhofes in Michelbach durch die Stadt Marburg
 Vorlage: VO/0828/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Beschlussfassung zurückgestellt bis zur Februarsitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

zu 11 **Marburger Ortsrecht
 Hier: VI. Nachtrag zur Friedhofssatzung sowie Neufassung der
 Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg
 Vorlage: VO/0846/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. der VI. Nachtrag zur Friedhofsatzung sowie
2. die Neufassung der Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg

werden beschlossen.

zu 12 **Aufnahme eines Kredites für den Jahresabschluss 2004 durch Umbuchung von Kassenkrediten**
Vorlage: VO/0851/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes 2004 wird im Rahmen des Jahresabschlusses 2004 ein Kommunaldarlehen in benötigter Höhe durch Umbuchung von Kassenkrediten aufgenommen.

zu 13 **Erfahrungsbericht über die neue Entgeltordnung vom 01.07.2004**
Vorlage: VO/0773/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage beraten. Die Ziffer 2 des Beschlusstextes wurde zunächst zurückgestellt bis die Bäderkommission darüber beraten hat. Somit steht nur die Ziffer des Beschlusstextes zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zu Ziffer 1 der Vorlage einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Fachdienstes „Städtische Bäder“ über die Erfahrungen mit der neuen Entgeltordnung zur Kenntnis und beschließt die Reduzierung der Entgelte für die 2-Stunden-Erwachsenenkarte von 4,30 € auf 4,00 € zum 03.01.2005.

Die Ziffer 2 der Vorlage wird der Bäderkommission zur Beratung vorgelegt.

zu 14 **Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

zu 14.1 **Antrag des KiJuPa betr. Einbahnstraße 'Zwischenhausen'**
Vorlage: VO/0813/2004

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann, Bündnis 90/Die Grünen. Im Umweltausschuss wurde die Vorlage zurückgestellt, um zunächst einen Ortstermin mit den Vertretern des Kinder- und Jugendparlaments durchzuführen.

Der Antrag wurde auch im Bau- und Planungsausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse, CDU-Fraktion. Der Antrag des Kinder- und Jugendparlaments ist im Bau- und Planungsausschuss von allen Fraktionen übernommen worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Zum Sachverhalt spricht der Stadtverordnetenvorsteher. Inzwischen hat das Kinder- und Jugendparlament getagt und sich für die Abstimmung über seinen

Antrag in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung entschieden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Einbahnstrasse ‚Zwischenhausen‘ soll für Fahrradfahrer auch in die entgegen gesetzte Richtung (stadteinwärts) befahrbar sein. Zum Schutz der Fahrradfahrer soll eine Straßenmarkierung angebracht werden.

zu 14.2 **Antrag des KiJuPa betr. Dusch- und Fußbecken für das AquaMar
Vorlage: VO/0814/2004**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse, CDU-Fraktion. Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss von allen Fraktionen übernommen. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Zugang von der Liegewiese zum Schwimmbecken auf dem Freibadgelände des AquaMar soll durch bauliche Veränderungen zukünftig nur noch über ein Dusch- und Fußbecken möglich sein.

zu 15 **Dringlichkeitsanträge**

zu 16 **Anträge der Fraktionen**

zu 16.1 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Bombensuche auf den Lahnbergen und
Information der Bevölkerung
Vorlage: VO/0845/2004**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann, Bündnis 90/Die Grünen. Im Umweltausschuss wurde der Antrag der CDU-Fraktion umfangreich geändert. Der Beschlusstext der Vorlage hat nun folgenden Text:

1. sich um die Intensivierung der systematischen Absuche nach Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg durch den in die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Darmstadt gehörenden Kampfmittelräumdienstes des Landes Hessen zu bemühen. Der Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen sollte schnellstmöglich die Überprüfung der gesamten Waldfläche auf den Lahnbergen auf Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg durchführen, um die Sicherheit und den Schutz der Marburger Bevölkerung (z. B. von Ginseldorf und Bauerbach) zu gewährleisten. Die Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, über die Landesregierung eine

entsprechende Finanzierung bereit zu stellen.

2. den RP Darmstadt aufzufordern, umgehend mit den zuständigen Stellen die Marburger Bevölkerung (z. B. von Ginseldorf und Bauerbach) über die Gefahren und entsprechenden Verhaltensregeln und Schutzmaßnahmen zu informieren. Dies sollte in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Kindergärten (z. B. Ginseldorf, Bauerbach, Waldtal) sowie den Grundschulen (z. B. Grundschule Schröck-Bauerbach) und den zuständigen Ortsbeiräten erfolgen. Die aufgestellten Warnschilder reichen nach unserer Auffassung nicht aus. Der Magistrat wird gebeten, den RP Darmstadt aufzufordern, seiner Informationspflicht gegenüber den betroffenen Bürgern und Stadtteilen nachzukommen.

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BfM sind dem so geänderten Antrag beigetreten. Die Neufassung des Antrages aus dem Umweltausschuss liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor.

Die Vorlage wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Der Ausschuss hat die Änderungen aus dem Umweltausschuss übernommen und empfiehlt die Zustimmung zu dem so geänderten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. sich um die Intensivierung der systematischen Absuche nach Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg durch den in die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Darmstadt gehörenden Kampfmittelräumdienstes des Landes Hessen zu bemühen. Der Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen sollte schnellstmöglich die Überprüfung der gesamten Waldfläche auf den Lahnbergen auf Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg durchführen, um die Sicherheit und den Schutz der Marburger Bevölkerung (z. B. von Ginseldorf und Bauerbach) zu gewährleisten.
Die Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, über die Landesregierung eine entsprechende Finanzierung bereit zu stellen.
2. den RP Darmstadt aufzufordern, umgehend mit den zuständigen Stellen die Marburger Bevölkerung (z. B. von Ginseldorf und Bauerbach) über die Gefahren und entsprechenden Verhaltensregeln und Schutzmaßnahmen zu informieren. Dies sollte in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Kindergärten (z. B. Ginseldorf, Bauerbach, Waldtal) sowie den Grundschulen (z. B. Grundschule Schröck-Bauerbach) und den zuständigen Ortsbeiräten erfolgen. Die aufgestellten Warnschilder reichen nach unserer Auffassung nicht aus. Der Magistrat wird gebeten, den RP Darmstadt aufzufordern, seiner Informationspflicht gegenüber den betroffenen Bürgern und Stadtteilen nachzukommen.

zu 16.2 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Erhalt des Collegium Gentium**
Vorlage: VO/0862/2004

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse, CDU-Fraktion.

Die antragstellenden Fraktionen haben im Bau- und Planungsausschuss den Beschlusstext dahingehend geändert, dass nach „Gutenbergstraße 18“ der Passus „oder vergleichbaren innerstädtischen Alternativen“ eingefügt wird. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem so geänderten Antragstext.

Die Vorlage ist in der geänderten Fassung auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem im Bau- und Planungsausschuss geänderten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, sich mit allen seinen Möglichkeiten bei der Universität und dem Land Hessen für den Erhalt des Studierendenwohnheims „Collegium Gentium“ in der Gutenbergstraße 18 oder vergleichbaren innerstädtischen Alternativen einzusetzen.

zu **16.3** **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Spielstraße im Ginseldorferweg 6 - 24**
Vorlage: VO/0863/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann, Bündnis 90/Die Grünen. Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Straße am Ginseldorferweg 6 – 24 (Alte Knutzbach) als Spielstraße deklariert werden kann.

zu **16.4** **Antrag der SPD und B90/Die Grünen- Fraktionen betr. Beleuchtung des Fußweges zwischen der St. Martin Straße und dem Waidmannsweg**
Vorlage: VO/0864/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann, Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag ist im Umweltausschuss geändert worden und hat folgenden Beschlusstext erhalten:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Weise der Verbindungsweg zwischen St.-Martin-Straße und Waidmannsweg so ausgeleuchtet werden kann, dass die Sicherheit der Nutzer/innen zukünftig gewährleistet ist. Hierbei ist die Nutzung von Solaranlagen und Bewegungsmeldern zu prüfen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Weise der Verbindungsweg zwischen St.-Martin-Straße und Waidmannsweg so ausgeleuchtet werden kann, dass die Sicherheit der Nutzer/innen zukünftig gewährleistet ist. Hierbei ist die

Nutzung von Solaranlagen und Bewegungsmeldern zu prüfen.

zu 16.5 **Antrag der Fraktion PDS/ML betr. Richtlinien zum Marburger Stadtpass**
Vorlage: VO/0865/2004

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo, Bündnis90/Die Grünen. Der Sozialausschuss empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages. Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet.

Die PDS/ML-Fraktion verzichtet jedoch auf die Durchführung der Aussprache.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 16.6 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Straßenkarneval am Rosenmontag**
Vorlage: VO/0869/2004

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann, Bündnis 90/Die Grünen. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker, SPD-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage zurückgestellt, da noch das Votum des Schul- und Kulturausschusses aussteht. Der Schul- und Kulturausschuss hat in diesem Monat nicht getagt. Der Stadtverordnete Röllmann hat vorsorglich bereits die Aussprache angemeldet.

Zu diesem Antrag spricht kurz die Stadtverordnete Schwebel FDP-Fraktion. Sie weist darauf hin, dass in der Begründung das Wort „Einwegbecher“ in „Mehrwegbecher“ geändert werden muss.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP, BfM und MBL und bei Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS/ML und bei einer Enthaltung aus der PDS/ML folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 17 **Kenntnisnahmen**

zu 17.1 **Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2004**
hier: Hst. 1.7000/510000.6 'Unterhaltung der Kanalisation'
Vorlage: VO/0699/2004

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **17.2** **Jahresbericht Gebäudemanagement**
Vorlage: VO/0834/2004

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle